

## BÜCHER

---

---

### **Zu den Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise**

Rezension von: Markus Marterbauer, *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*, Deuticke, Wien 2011, 255 Seiten, € 17,90.

---

---

„Zahlen bitte!“ ruft der Gast in einfachen Lokalen, wenn er seine Konsumation bezahlen möchte. Der Untertitel von Marterbauers Buch: „Die Kosten der Krise tragen wir alle“ lässt jedoch zunächst vermuten, dass damit eher der Ausruf des Wirts gemeint ist, wenn der Gast sich aus dem Lokal davonestehlen will. Demgemäß beginnt auch Kapitel 1 („Wer trägt die Kosten der Krise?“) mit der Frage: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen in Österreich für die *Staatsschuldenkrise* in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9; meine Hervorhebung, G.T.) – Die Österreicher drängen sich offenbar nicht, die (fremde) Rechnung zu bezahlen; die Verursacher sollten das tun.

Verursacher wären jedoch, betont Marterbauer, nicht die Arbeitslosen in diesen Ländern, sondern „ein ineffizientes Steuererhebungssystem, aufgeblähte Bürokratie und Budgettricks in Griechenland; ein Bankensystem, das sich hemmungslos auf dem Immobilienmarkt verspekulierte und nur noch durch Staatskapital gerettet werden konnte, in Irland; fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Portugal; der Zusammenbruch des Immobilienbooms in Spanien.“ (S. 10) Das ist unbestreitbar richtig. „Wichtiger waren“, fährt Marterbauer fort, „andere Phänomene: Geprägt von einem Herdentrieb, setzte sich bei den Finanzmarktakteuren schlagartig die Meinung durch, die Schulden könnten nicht zurückgezahlt werden, deshalb stiegen die Kosten der Versicherung von Staatsanleihen und die Zinssätze ... Angesichts der Höhe der Staatsschuld und der schlechten wirtschaftlichen Aussichten war damit die Rückzahlungsmöglichkeit tatsächlich nicht mehr gegeben. Die Staatsschuldenkrise ist in erheblichem Ausmaß eine sich selbst erfüllende Prophezeiung der vom Herdentrieb geprägten spekulativen Finanzmärkte.“ (S. 10) – unbestreitbar eine gleichfalls wichtige Ursache, doch eher der Finanz- als der Schuldenkrise.

Kapitel 2 („Liberalisierung und Ungleichheit: Verursacher der Finanzkrise“) wendet sich der Finanzkrise zu und beschreibt in klarer, für den anvisierten breiteren Leserkreis verständlicher Form deren Ursachen: mangelndes Risikobewusstsein vor allem der US-Banken, unrealistische Ertragswünsche der Anleger und Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte. Marterbauer hält jedoch die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Deregulierung der Finanzmärkte für tiefer liegende wahre Ursachen.

Als anhaltende Folgen sieht er hohe Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung

und weiter zunehmende Ungleichheit. Als „Lehren aus der Krise“ (Kapitel 3) zieht der Autor zunächst eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte und eine „keynesianische“ Politik der Krisenbekämpfung. Doch eine „erfolgreiche Bewältigung der Krise ... müsste bei den tieferen Ursachen ansetzen: der hohen Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen, den zunehmenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft sowie der Dominanz der liberalisierten Finanzmärkte und Banken.“ (S. 30). Die folgenden 30 Seiten widmen sich diesen Themen im Detail; es genügt hier, die Zwischenüberschriften anzuführen: „Wohlstand weltweit gerechter verteilen“, „Produktive Exportindustrie bewahren“, „Mehr importieren“ (d. h. Leistungsbilanzüberschüsse vermeiden), „Finanzsektor verkleinern“, und „Banken, die der Realwirtschaft dienen“. Das Kapitel endet mit einem pessimistischen „Ausblick: Wirtschaft schwach, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit hoch“ (S. 81).

Marterbauer wendet sich in den nächsten beiden Kapiteln zwei Fragen zu, die Medien und Öffentlichkeit im Gefolge der Schuldenkrise (zu Unrecht) sehr bewegen: „Droht der Staatsbankrott“ (Kapitel 4) und „Die große Inflation kommt nicht“ (Kapitel 5). Kapitel 4 geht zunächst kurz auf die Lage in den vier Krisenländern ein, konzentriert sich aber dann auf die „Auswege aus der Schuldenkrise“ (S. 89): Förderung des Wachstums in diesen Ländern mit Hilfe der EU, Senkung des Niveaus der langfristigen Zinsen sowie Abbau der Arbeitslosigkeit als mit Schuldenreduktion gleichrangiges Ziel. Der Autor kritisiert die „Mangelnde Gestaltungsfähigkeit der EU“ (S. 95) und betont, dass es „Keine ‚griechischen‘ Verhältnisse in Österreich“ gäbe (S. 97): In Österreich wäre die Budgetlage besser als in den meisten anderen Staaten, und die jüngst eingeführte mittelfristige Finanzplanung sei den EU-Vorstellungen über eine Schuldenbremse überlegen. Ein Staatsbankrott sei für Österreich nicht zu befürchten. Allerdings gibt es die saldenmechanische Problematik: Wenn der Staat seinen negativen Finanzierungssaldo (Budgetdefizit) reduzieren und der negative Finanzierungssaldo des Auslands (= österreichischer Leistungsbilanzüberschuss) nicht weiter zunehmen soll, müssen sich entweder die Unternehmen stärker verschulden (= größerer negativer Finanzierungssaldo) oder die Haushalte weniger sparen (= geringerer positiver Finanzierungssaldo). Alternativen gibt es nicht. Marterbauer will vor allem den letzteren Weg nutzen. Er schlägt dafür steuerliche Maßnahmen und Umschichtungen innerhalb der Transfers vor. Sie werden in späteren Kapiteln ausführlich besprochen.

Kapitel 5 argumentiert, wohl auch für Laien überzeugend – selbst wenn für diese Begriff und unterschiedliche Entwicklung von Liquidität und Geldmenge (Abb. 5.2) erklärungsbedürftig wären –, dass die große Inflation nicht kommt, und dass für die kommenden Jahre eher eine Gefahr von Deflation als von Inflation besteht. Etwas übertrieben ist allerdings die Aussage: „Deflation ist potenziell bedeutend gefährlicher als Inflation“ (S. 121). Frei nach Tante Jolesch: Gott soll einen hüten vor allem, was in eine dieser beiden Richtungen geht. Marterbauer weist auch richtigerweise darauf hin, dass eine von der Politik bewusst herbeigeführte Inflation zur Reduzierung der Staatsschulden durch Entwertung weder effektiv noch leicht instrumentierbar und daher unwahrscheinlich ist.

### **„Keynesianische“ Politik (für Österreich)**

Damit endet der Teil des Buches, der sich mit den Ursachen und Folgen der Finanz- (und indirekt auch der Schulden-)krise beschäftigt. Die zweite Hälfte des Buchs wendet sich generellen Fragen der österreichischen Wirtschaftspolitik zu, die schon lange kontrovers diskutiert, durch die Krise allerdings verschärft wurden. Kapitel 6, „Lob der Arbeitskräfteknappheit“, geht zunächst auf die Frage ein, ob die demografische Entwicklung tatsächlich zu der erwarteten Arbeitskräfteknappheit führen würde. Marterbauer meint, dass ganz im Gegenteil gedämpftes Wachstum, Immigrations-bedingtes Bevölkerungswachstum und die in Arbeitslosigkeit, Frühpensionierungen und Frauenerwerbsquote steckenden Reserven die Arbeitslosigkeit weiter hoch halten werden. Einerseits müssten Arbeitsplätze geschaffen werden: 1 Mrd. Staatsausgaben erzeugten 18-25.000 Arbeitsplätze, und es bestehe enormer Mangel im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialbereich. Andererseits müsste die Arbeitszeit verkürzt werden. Marterbauer verlangt eine europäische Arbeitsmarktimitiative im Ausmaß von 30 Mrd. Euro, die vor allem bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit ansetzen müsste.

Kapitel 7 ist ein flammendes Plädoyer für „Sozialstaat: Sicherheit und Anerkennung für die sozial Schwachen“ als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Die Transfers wirkten als eingebaute Stabilisatoren, verhinderten Depressionen und stabilisierten die Erwartungen; Sozialversicherung wäre nicht bloß wirksamer, sondern auch billiger als private Absicherung. Allerdings sei der Sozialstaat durch die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende Ungleichheit der Verteilung und die neuen Familienstrukturen in Probleme geraten. Kinderbetreuungseinrichtungen sollten die Geburtenrate steigern, der Pensionsantritt sollte hinausgeschoben, die soziale Absicherung sollte zwecks Verminderung der Ungleichheit verbessert, und im Familienbereich sollten Steuerbegünstigungen und Transfers durch soziale Dienstleistungen ersetzt werden. Eine Analyse der Staatsausgaben kommt zum Schluss, dass „[d]er Versuch, den Staatseinfluss zurückzudrängen ... ganz besonders in diesen Ausgabenbereichen [Soziales, Gesundheit und Bildung] mit schwerwiegenden negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen verbunden“ wäre (S. 177). Der Sozialstaat müsse daher ausgebaut werden: Betreuungskapazitäten vor allem für 2 bis 3-jährige Kinder, Umschichtung (wie schon zuvor beschrieben) von Finanz- zu Sachleistungen im Familienbereich, Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Alte, etc. Vorbilder sollten Dänemark und Schweden sein, die für alle diese Aufgaben erheblich mehr ausgeben.

Kapitel 6 und 7 schlagen aufwändige Maßnahmen vor, und damit stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Kapitel 8 fordert: „Vermögen stärker besteuern“. Der Wohlstand, Vermögen wie Einkommen, sei sehr ungleich verteilt, und Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hätten die Ungleichheit noch verstärkt. Nach einer Analyse der Verteilung und der einkommensspezifischen Steuerbelastung diskutiert Marterbauer eine allgemeine Steuer auf das Vermögen der privaten Haushalte mit großzügigen Freibeträgen, eine für Kindergärten und Pflegeleistungen zweckgebundene Grundsteuer, eine Erbschaftssteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, und, um Steuervermeidung zu ver-

hindern, eine Aufhebung des Bankgeheimnisses. Ohne genauere Detaillierung vermutet er aus dem Vergleich mit Deutschland und Skandinavien, dass das „für Österreich Zusatzeinnahmen von 2 bis 5 Milliarden Euro bedeuten“ würde (S. 213).

Kapitel 9 stellt die vieldiskutierte Frage „Brauchen wir Wirtschaftswachstum?“ Marterbauer diskutiert das unter dem Schlagwort Entkoppelung: erstens Entkoppelung von Wachstum und Vollbeschäftigungsziel: Da Wirtschaftswachstum zwar für die Beschäftigung essenziell sei, aber nicht ausreiche, Vollbeschäftigung zu erzielen, seien die Nutzung des Potentials im Sozialen Dienstleistungs- und Umwelttechnologiebereich sowie eine Arbeitszeitverkürzung erforderlich. Zweitens Entkoppelung von Wachstum und Finanzierung des Staatshaushalts durch Verschiebung von Abgaben auf Arbeit zu solchen auf Vermögen. Drittens Entkoppelung von Wachstum und Lebensstandard durch aktive Verteilungspolitik. Viertens Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch Investitionen in die Effizienzverbesserung. „Wirtschaftspolitik sollte es als eine ihrer wesentlichen Aufgaben ansehen, die Qualität des Wirtschaftswachstums zu steuern, indem Anreize dafür gegeben werden, dass die richtigen Bereiche wachsen.“ (S. 231)

Das abschließende Kapitel 10 schließlich stellt die Frage „Wer die Kosten tragen sollte“; es ist eine Zusammenfassung der Forderungen. Die Frage nach der Finanzierung wird bestenfalls qualitativ, keineswegs quantitativ beantwortet. Weder wird versucht, die Kosten der in den vorhergehenden Kapiteln geforderten Maßnahmen abzuschätzen, noch die Erträge der zusätzlichen Steuern. Und so schließt das Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ eher allgemein: „Selbst nach der Finanzkrise ist der Wohlstand in unserer Gesellschaft so hoch, dass sozialer Fortschritt für alle Menschen möglich ist. Zu diesem Zweck müssen wir uns allerdings auf die zentralen Werte der Arbeitsgesellschaft besinnen: Leistung und Solidarität. Eine merkbare Besteuerung von Vermögensbeständen und der Um- und Ausbau des Sozialstaates bilden die wichtigsten Eckpfeiler dieses offenen Projekts.“ (242) Offenbar geht es primär um *nationale* Solidarität.

### **Ungerechte Einkommensverteilung als Krisenursache?**

In „Zahlen bitte!“ geht es somit weniger um die Frage, ob Österreich für die griechischen Staatsschulden zahlen soll; es richtet primär sich an die österreichischen Vermögensbesitzer, die für eine Verbesserung des österreichischen Sozialstaats und eine gleichmäßigere Wohlstandsverteilung zahlen sollen. Das ist eine Forderung, der der Rezensent als Teil eines breiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Programms gar nicht fern steht.

Die im Untertitel und in den ersten fünf Kapiteln angesprochene Finanz- und mehr noch die Schuldenkrise hängen aber mit den (keineswegs unberechtigten) Umverteilungsforderungen der Folgekapitel nur sehr indirekt zusammen: „Finanzkrise und Rezession sind also ein *idealer Zeitpunkt*, um über die Lehren aus der Krise für die längerfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Frage der Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums, den Zusammenhang zwischen dem Anstieg des BIP und wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen

und über die Spielräume für die Erreichung der Ziele des Wirtschaftens nachzudenken“ (S. 217, meine Hervorhebung G. T.).

Ermöglicht wird der Sprung von der zunächst angesprochenen *globalen* Finanzkrise zu *österreichischer* Umverteilung und Sozialpolitik dadurch, dass Marterbauer die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen als die tieferliegende wahre Ursache der Krise ansieht (S. 26). Obwohl ich selbst das Überangebot Anlage-suchender Finanzmittel als eine der Ursachen der Finanzkrise ansehe (Tichy 2010a), kann ich dem Sprung von der (griechischen) *Krise* zur (österreichischen) *Verteilung* in *dieser* Form nicht folgen: Der Auslöser der Finanzkrise, das Subprime-Debakel, war so gut wie ausschließlich eine Folge der Deregulierung der Finanzmärkte, die die Eigenkapitalerfordernisse der Banken herabsetzte und den Investmentbanken den Zugang zum Kreditmarkt öffnete.

Dell’Ariccia et al. (2008) wiesen nach, dass nicht die traditionellen Wohnbaufinanzierer die Konditionen drückten, sondern die Newcomer, die Finanzinstitutionen, die als Folge der Deregulierung auf diesen Markt eindringen konnten. Sie vergaben die Kredite nach rein formalen Kriterien ohne individuelle Prüfung, und die Kunden waren keineswegs primär Angehörige der unteren Einkommensklassen, sondern vielfach Spekulanten. Sie profitierten von der merkwürdigen Regelung, dass die Hypothekarschuldner in den USA nicht persönlich haften. Sinkt der Wert des Hauses unter den aushaftenden Kreditbetrag, können sie die Schlüssel der kreditgebenden Bank senden („ringing letters“), und sind danach von jeder Haftung frei; Spekulation ist für sie somit ohne jedes Risiko (Tichy 2010a).

Auch in Irland und Spanien beruhte der Immobilienboom primär auf Spekulation, als Folge niedriger Realzinsen. Die Finanzkrise war somit die Folge falscher Regulierung und zu niedriger Zinssätze (zu lockerer Geldpolitik); die ungleiche Einkommensverteilung kam insoweit ins Spiel, als es hohe Vermögen gab, mit denen spekuliert werden konnte. Hohe Vermögen gab es aber auch schon lang vorher, ohne dass sie Finanzkrisen auslösten, und sie lassen sich, außer durch *konfiskatorische* Vermögenssteuern, auch nicht beseitigen – solche aber schlägt Marterbauer (zu Recht) nicht vor.

Höhere Besteuerung der Vermögen trägt zwar zu einer fairen Besteuerung bei, ändert aber nichts an der *Existenz* hoher Vermögen, die (zum Teil) spekulativ angelegt werden. Insoweit war die ungleiche Vermögensverteilung zwar ein Verstärker der Krise, nicht aber ihre tieferliegende *Ursache*. Wir werden daher Finanzkrisen-vermeidende Lösungen für eine Welt finden müssen, in der es weiterhin Reiche gibt, die ihr Vermögen (aus ihrer Sicht) optimal anlegen und dabei auch spekulieren, selbst wenn es stärker besteuert wird. Strikte Regulierung der Finanzmärkte ist dafür sicherlich ein Ansatz.

Die Verschiebung der Diskussion von den drängenden Problemen der Finanz- und Schuldenkrise auf allgemeine Fragen der Umverteilung erscheint wenig zweckmäßig, weil sie zwei konkretere und derzeit wichtigere Fragen verdrängt: die eine, höchst aktuelle, die Marterbauer selbst an den Anfang von Kapitel 1 stellt und im Laufe des Buchs aber beiseite schiebt: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9);<sup>1</sup> und die vielleicht noch wichtigere, die Marterbauer besten-

falls indirekt beantwortet: Was können wir tun, um die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen zu verringern, und, soweit sie dennoch auftreten, ihre finanziellen und sozialen Kosten zu mildern? Beide sollen im Folgenden kurz behandelt werden.

### **Sollen die Österreicher für die Krise zahlen?**

Marterbauer wendet sich in Kapitel 1 gegen die in Österreich und Deutschland „grassierende“ Forderung, „die Sünder aus dem Süden“ selbst zahlen zu lassen, da sie nur so „wirtschaftlich vernünftiges Handeln lernen könnten“. Das wäre inakzeptabel und könnte wirtschaftlich und politisch gefährlich werden (S. 9). Der EU-Rettungsschirm wäre zwar kurzfristig hilfreich, „[m]ittelfristig kann jedoch nur eine wirtschaftliche Erholung, begleitet von einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und eine aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen die ökonomische Basis für die Verringerung der Staatsschulden bilden.“ (S. 12) Dem ist generell zuzustimmen, doch drängen sich drei Einwände auf:

Erstens „grassiert“ die Forderung, dass man die „Sünder aus dem Süden“ sich selbst überlassen sollte, selbst in Deutschland nur unter Hardlinern. Sie können glücklicherweise nicht verhindern, dass *massive Hilfe* von der nationalen wie von der EU-Politik akzeptiert ist und auch längst gewährt wird. Selbst die Europäische Zentralbank ist über ihren Schatten gesprungen. Allerdings erfolgt die Hilfe unter *Bedingungen*, von denen manche durchaus diskussionsbedürftig wären. Das Buch geht auf dieses zentrale Thema der gegenwärtigen Diskussion – wieweit und in welcher Form Bedingungen zur Änderungen von Verhaltensweisen erforderlich sind – jedoch kaum, und wenn, dann bloß implizit ein.

Zweitens gibt Marterbauer keine direkte Antwort auf die selbst gestellte Frage, ob die Österreicher zahlen sollen: Er fordert niedrige Zinssätze und weiß, dass das eine Ausweitung des EFSF, Eurobonds oder eine direkte Verschuldung der Krisenstaaten bei der EZB voraussetzt. Er geht aber über die Tatsache hinweg, dass die österreichischen Steuerzahler in allen diesen Fällen mitzahlen, beantwortet die von ihm explizit gestellte Frage somit bestenfalls indirekt und verschleiern damit dem nicht fachkundigen Leser die *unvermeidbare* Belastung. Überdies können niedrigere Zinssätze die Probleme zwar entschärfen, aber nicht lösen. Auf die zentrale Frage, welche der Lösungen vorzuziehen wären – Ausweitung des EFSF, Eurobonds, direkte Verschuldung der Krisenstaaten bei der EZB oder gar eine Insolvenz Griechenlands –, und was für Österreich und was für Griechenland günstiger wäre, gibt Marterbauer keine Antwort, er spricht sie nicht einmal an.

Drittens finden sich in dem Buch kaum Instrumente, mit denen das mittelfristige Ziel – rascheres Wachstum – erreicht werden könnte: Explizit erwähnt Marterbauer bloß bevorzugte Vergabe von Mitteln aus den Regional- und Strukturfonds der EU, 30 Mrd. Euro zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit (S. 92) – an beiden zählt Österreich als EU-Mitglied mit – sowie niedrige langfristige Zinsen (S. 94). Wiederum im Prinzip richtig, doch tragen alle drei Maßnahmen weder zur Lösung der drängenden Finanzprobleme der *nächsten Monate* (und wie zu befürchten ist: Jahre) bei, noch reichen sie rein quantitativ zur Erreichung Schulden-reduzieren-

den Wachstums – da bedürfte es erheblich größerer Beträge, und da stellt sich wieder die (unbeantwortete) Frage wer zahlt. Es werden wohl eher die Österreicher als die Griechen sein *müssen*! Was schließlich die „aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen“ (S. 12) betrifft, beziehen sich die Ausführungen allein auf Österreich. Kein Wort findet sich über Steuer- und Transferstruktur und Vermögensverteilung in den Krisenstaaten oder gar über institutionelle Voraussetzungen und Größenordnungen – und damit auch nichts über deren Beitrag dieser zur Überwindung der Krise. Das ist bedauerlich, da die Verteilungsproblematik vor allem in den südlichen Krisenländern wohl erheblich drängender ist als in Österreich.

Wohlwollend könnte man herauslesen, dass die Österreicher durchaus einen Beitrag leisten, in Marterbauers Terminologie also „zahlen“ sollten; schließlich spricht er von Solidarität (S. 152). Warum aber sagt er das nicht explizit, ja verschleierte die unangenehme Wahrheit sogar? Warum kommt das politisch und medial umstrittene Wort „Transferunion“ überhaupt nicht vor, obwohl die EU längst eine solche ist (wenn auch z. T. auf falschen Gebieten), und eine funktionierende Währungsunion heterogener Staaten unverzichtbar auch eine Transferunion sein muss? Und warum weicht er der Frage nach der relativen Dosierung von Finanzhilfe und Reformdruck aus, der offenbar für die Einleitung von Reformen in den Krisenstaaten unvermeidbar ist? Marterbauer wendet sich mit vollem Recht gegen die Auswirkungen des Spardrucks auf die schwächsten Teile der Bevölkerung; andererseits zeigte sich aber bisher nur zu deutlich, dass ohne den Druck der EU die Beseitigung der Mängel in der Steuererhebung, in der Verwaltung generell, aber auch das Problem der relativ zur Produktivität überhöhten Lohnforderungen nicht einmal angegangen worden wäre. Zentral wäre eine Antwort auf die Frage, wie man ausländische Regierungen, Lobbies, aber auch die Bevölkerungen zum „richtigen“ Sparen zwingen kann. Ich bin nicht so naiv, vom Autor Antworten auf diese Fragen zu erwarten – ich habe sie selbst nicht.<sup>2</sup> Aber man muss sich diesen Fragen stellen. Ein (relativ) billiges Jugendbeschäftigungs- und Konjunkturprogramm plus Vermögensbesteuerung und Sozialstaat allein kann die schweren Probleme nicht lösen, in die wir hineingeschlittert sind. Es ist unverzichtbar, gerade der breiteren Öffentlichkeit, an die sich das Buch wendet, klarzumachen, dass es bloß zwei Möglichkeiten gibt: Dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit noch um Einiges mehr (und noch länger) zahlen müssen, als wir jetzt glauben, oder dass wir gerade die Ärmsten in den Krisenländern noch erheblich größerem Leidensdruck aussetzen als bisher.

### **Reichen Wachstum und Umverteilung zur Lösung?**

Dem Autor geht es, vor allem in der zweiten Hälfte des Buches, zu Recht um mittel- und langfristige Lösungen, letztlich um die Frage, was wir tun können, um die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen zu verringern, und, soweit sie dennoch auftreten, ihre finanziellen und sozialen Kosten zu mildern. Reichen dafür rasches Wachstum und Umverteilung?

Finanzkrisen waren in der Vergangenheit gar nicht so selten,<sup>3</sup> und die zunehmende Komplexität des Wirtschafts- und Finanzsystems erhöht die Wahrschein-

lichkeit ihres künftigen Auftretens. Währungsunionen sind für Finanzkrisen besonders anfällig, da sich die Mitglieder in einer Währung verschulden müssen, die sie selbst nicht beeinflussen können;<sup>4</sup> der Ausweg einer Abwertung ist ihnen verbaut. Und besonders krisenanfällig sind Währungsunionen vom Typ der europäischen mit heterogenen Mitgliedern und ohne harmonisierte Fiskalpolitik. Da die weniger entwickelten Mitglieder der Währungsunion höhere Inflationsraten haben (zur allmählichen Angleichung ihres niedrigen Preisniveaus an das höhere der höher entwickelten Mitglieder), bedeutet der einheitliche EZB-Nominalzinssatz für sie niedrige Realzinsen. Diese und die damit verbundene Privatverschuldung waren auch der wichtigste Grund für die Spekulations- und Immobilienpreisblasen in diesen Ländern, und, gemeinsam mit der problematischen Wirtschaftspolitik, die Ursache ihrer Schuldenkrise. Weiters stellt sich in der heterogenen europäischen Währungsunion das Problem der Konkurrenzfähigkeit und der unterschiedlichen Sozialstandards; eine Angleichung zu fordern (S. 6) fällt leichter, als sie mit Konkurrenzfähigkeit kompatibel zu machen.

Es ist wichtig, der Öffentlichkeit und selbst Fachkreisen bewusst zu machen, dass Krisen immer wieder passieren und dass die europäische Währungsunion besonders krisenanfällig ist. Es bedarf daher zahlreicher und tiefgreifender Reformen, um diese Schwäche abzumildern. Einige führt Marterbauer auch an: neben den bereits erwähnten Maßnahmen Wachstum und Umverteilung, die für Krisenbekämpfung- und -vermeidung notwendig, aber keineswegs hinreichend sind, vor allem „Finanzsektor verkleinern“ (S. 68) und „Banken, die der Realwirtschaft dienen“ (S. 74). Beide Empfehlungen sind richtig und wichtig, aber nicht leicht umsetzbar; noch wichtiger wäre die Reduzierung der Komplexität des Finanzsektors, dessen Struktur und Transaktionen für niemanden, Beteiligte wie Aufsichtsbehörden, mehr durchschaubar ist. Darin steckt ein enormes Gefahrenpotenzial.<sup>5</sup> Und was für den Finanzsektor gilt, gilt auch für die komplexe Verflechtung der globalisierten und auf Effizienz durchrationalisierten Wirtschaft. Kleine Störungen an irgendeiner Stelle verbreiten sich rasch und selbstverstärkend über die ganze Welt. Auch diesbezüglich wird man über eine Verringerung der Komplexität nachdenken müssen.

Das alles ist allerdings leichter zu fordern als entsprechende Instrumente zu finden und durchzusetzen. Höhere Eigenkapitalquoten, Finanztransaktionssteuer sowie Verbot bestimmter Organisationsformen und Produkte allein reichen dafür sicherlich nicht aus. Krisenbekämpfung- und -vermeidung in einer Währungsunion bedarf mehr: Als – nach meiner Ansicht – wichtigste seien angeführt: eine Fiskalunion in Form EU-weiter automatischer Stabilisatoren, eine Transferunion strukturelle Probleme betreffend, Harmonisierung der Budgetpolitik, die an den Ausgaben (statt am endogenen Budgetsaldo) ansetzt, sowie Regeln über die Insolvenz von Staaten und systemrelevanten Banken. Bei alldem stellt sich natürlich auch die Frage, wer die Kosten dieser Maßnahmen trägt. Unvermeidlich sind das die reicheren Länder, also auch Österreich – darum kommen wir nicht herum. Das aber muss Politik, Medien und Öffentlichkeit bewusst gemacht werden, und das müssen sie auch akzeptieren. Die Ablenkung auf den (unvermeidlichen) Beitrag der reicheren Personen lenkt von diesem zentralen Tatbestand ab.

### Sozialstaat und Besteuerung (in Österreich)

Die Kapitel 6 bis 10 widmen sich, wie erwähnt, wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen und den Spielräumen für die Erreichung der Ziele des Wirtschaftens in *Österreich*. Die Krisenstaaten und deren Probleme geraten dabei weitgehend aus dem Blickfeld, „Zahlen bitte!“ erhält dadurch einen anderen Gehalt. Großteils hätten diese Kapitel vor der Finanzkrise genauso geschrieben werden können, und diese Themen werden tatsächlich auch schon lange diskutiert. Die einzelnen Reformvorschläge des Autors wurden im zweiten Abschnitt dieses Besprechungsaufsatzes beschrieben und sollen hier nicht wiederholt und auch nicht im Detail diskutiert werden. Sie bieten reiches Datenmaterial über österreichische Demografie, Verteilung, Steuerstruktur und drängen auf eine Vielzahl von Reformen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ich viele davon, jedenfalls der Art nach, für richtig halte. Dennoch gibt es Einwände in vierfacher Hinsicht:

Erstens können manche der Vorschläge wenig überzeugen. So etwa die Forderung, die Jugendarbeitslosigkeit durch eine „Ausweitung der Studienplätze auf Universitäten und Fachhochschulen“ zu bekämpfen. Das „könnte dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit unter den 20- bis 25-Jährigen von ihrem Rekordniveau in der Höhe von mehr als 30000 zu verringern (S. 175f.). Kann das bei einer spanischen oder griechischen Jugendarbeitslosigkeit von 50% wirklich helfen? Andererseits mag die Schaffung von 100-150.000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Bereich Kinderbetreuung und Pflege nach dem Vorbild Dänemarks oder Schwedens zwar wichtig und sinnvoll sein, aber von Ausbildung wie Finanzierung bloß auf lange Sicht realisierbar. Auch wäre es hilfreich, die immer wieder verwendeten Begriffe „emanzipatorische“ und „keynesianische“ Politik zu definieren. Offenbar sind die beiden Synonyme, mit denen eine Politik des hydraulischen Keynesianismus im Sinn von Coddington (1976) gemeint ist; manchmal lässt sich aber der Eindruck nicht vermeiden, dass einfacher Fiskalismus gemeint ist.<sup>6</sup> Letztlich sind das aber weniger wichtige Details.

Schwerer wiegt, dass der zweite Teil des Buchs statt eines Konzepts bloß exemplarische Beispiele anführt, Vor- und Nachteile nicht gegeneinander abwägt und wenig Rücksicht auf Realisierbarkeit nimmt. Die Kosten der Maßnahmen und die Erträge der zusätzlichen Steuern und Abgaben werden nicht einmal größenordnungsmäßig abgeschätzt. Auch setzt Marterbauer keine Prioritäten, obwohl seine Vorschläge bestenfalls schrittweise verwirklicht werden könnten. Die Argumente der Gegner der jeweiligen Maßnahmen werden nicht behandelt, auch die verwendete Literatur beschränkt sich weitgehend auf Befürworter und Eigenzitate.

Drittens stört das undifferenzierte Vertrauen in die Politik und in die Wirkung von Instrumenten. Unzweifelhaft ist Vertrauen in die Selbstregulierungskraft der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, ungerechtfertigt, aber es gibt nicht bloß *Markt*-, sondern auch *Politik*versagen. Marterbauer bringt selbst Beispiele: „ein ineffizientes Steuererhebungssystem, aufgeblähte Bürokratie und Budgetricks in Griechenland“ (S. 9f.), das benign neglect der „leichtsinnigen privaten Verschuldung“ und der Immobilienblasen durch die Politik in Irland und Spanien (S. 87f.), oder die Jugendarbeitslosigkeit-fördernden Regulierungen in Schweden und Däne-

mark (S. 185). Der zweite Teil des Buchs ist dennoch von vollem Vertrauen in die Fähigkeit des Staats getragen, die richtigen Maßnahmen zu setzen, effiziente Arbeitsplätze in großem Umfang zu schaffen, die dafür nötige Finanzierung zu sichern und die Verteilung fair zu korrigieren. Die Gefahr von Fehlentscheidungen, des wahlbedingt kurzen Zeithorizonts, Probleme des Lobbyismus oder der möglichen Eigeninteressen der Politiker werden nicht thematisiert; dementsprechend gibt es in dem Buch auch keine Kautelen dagegen.

Schließlich leidet der Maßnahmenkatalog auch an instrumentellen Defiziten: In einer offenen Wirtschaft sind sozialpolitische und – mehr noch – steuerpolitische Alleingänge bloß in Grenzen möglich. Obwohl die Besteuerung der Vermögen in Österreich im internationalen Vergleich wie relativ zur Besteuerung der Arbeits-einkommen außerordentlich niedrig und daher reformbedürftig ist, gilt es nicht bloß den Widerstand der Lobbys zu überwinden – das ist Aufgabe der Politik –, sondern Besteuerungsformen zu finden, die in einer offenen Wirtschaft möglich und mit den Urteilen der Höchstgerichte kompatibel sind – das ist Aufgabe der Experten. Diesbezüglich bleibt das Buch hinter der laufenden Diskussion bedauerlicherweise eher zurück. Man kann nicht einfach annehmen: „Eine merkliche Erhöhung des Beitrags der Reichen zur Finanzierung des Gemeinwesens wird auch keine merkliche Steuerflucht auslösen: Die Reichen schätzen die öffentliche Infrastruktur und das Kulturangebot; ...“ (S. 202). Dass viele – nicht bloß Griechen, sondern auch Österreicher – im Inland Infrastruktur und Kultur genießen und im Ausland Vermögen halten, ist nicht bloß weithin bekannt, sondern auch einer der zentralen Inhalte der Steuerdiskussion. Es gilt Besteuerungsformen zu finden, die weniger Möglichkeiten zur Steuerflucht bieten.

Wer in dem Buch Ansätze zur *Lösung* der weltweiten Finanz- und Staatsschuldenkrise sucht, wird enttäuscht werden. Auch die Eingangsfrage: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen in Österreich für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9) wird nicht ausreichend beantwortet. Über die Aufteilung der Kosten der Sanierung (bzw. Rettung) der süd-europäischen Krisenländer zwischen ihnen und den wohlhabenden Staaten – und damit auch Österreich – erfährt der Leser nichts. Dennoch kann der anvisierte breitere Leserkreis von dem Buch, trotz seiner Heterogenität und der nicht unbedingt neuen Ausführungen der zweiten Hälfte, profitieren. Er erfährt Relevantes über die Triebkräfte der Finanzkrise und ihre vieldiskutierten und von den Medien weit überschätzten Gefahren, vor allem Staatsbankrott und Inflation betreffend; er profitiert auch von den materialreichen Darstellungen über österreichische Demografie, über Beschäftigungsrisiken und Arbeitslosigkeit, über Entkoppelung von Wachstum und Vollbeschäftigung, von Wachstum und Finanzierung des Staatshaushalts sowie von Wachstum und Lebensstandard; weiters über Verteilung und Sozialpolitik und den diesbezüglichen Reformbedarf – allerdings: alles fast ausschließlich Österreich-bezogen. Für Antworten auf die Frage, wie man die globale Finanz- und Schuldenkrise vor allem kurz-, aber auch mittelfristig überwinden kann, und wer wann dafür wie viel zahlen muss, muss man auf andere Arbeiten zurückgreifen.

## Literatur

- Coddington, A., 1976, Keynesian economics: The search for first principles, *Journal of Economic Literature* 14 (4), 1258-73.
- Dell'Ariccia, G. et al, 2008, Credit booms and lending standards: Evidence from the sub-prime mortgage market, Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper No. 6683.
- Kopf, C., 2011, Restoring financial stability in the Euro Area, CEPS Policy Brief 237. <http://ssrn.com/abstract=1797509>.
- Reinhart, C. and V. Reinhart, 2010, After the Fall, Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole Symposium, <http://www.kansascityfed.org/publicat/sympos/2010/2010-08-17-reinhart.pdf>.
- Tichy, G., 2010a, Bankenkrise oder falsche Anreizsysteme in der Rentiergesellschaft, in: Brünner, Christian et al. (Hg.): *Mensch – Gruppe – Gesellschaft: Von bunten Wiesen und deren GärtnerInnen*. Manfred Prisching zum 60. Geburtstag, Wien: nww, 475-487.
- Tichy, G., 2010b, Reicht Bankregulierung zur Vermeidung schwerer Finanzkrisen? in G. Kubon-Gilke et al Hg., *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik Band 10: Ökonomik in der Krise*, 65-91.
- Tichy, G., 2011, Die Schuldenkrise. Ursachen und Folgen, *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung* 84 (12), 797-810. [\\bak.intern\dfs\USER\immesch\WINWORD\WuG\WuG2\prisching\\_0475-0488.pdf](http://bak.intern\dfs\USER\immesch\WINWORD\WuG\WuG2\prisching_0475-0488.pdf).
- Tichy, G., 2012, Der missbrauchte Keynes, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (2012) 184-195.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Die Formulierung ist nicht unproblematisch weil mehrdeutig und vielleicht auch etwas suggestiv. Sind die griechischen oder die österreichischen Steuerpflichtigen gemeint, und wer Anderer als Steuerpflichtige könnte überhaupt zahlen? Auch die Vermögenssteuer zahlenden Reichen sind ja Steuerpflichtige! Unwillkürlich denkt man bei der Formulierung aber primär an den „kleinen Mann“, und das ist vom Autor wohl auch nicht ganz ungewollt.
- <sup>2</sup> Siehe dazu allerdings Tichy (2011).
- <sup>3</sup> Reinhardt and Reinhardt (2010).
- <sup>4</sup> Kopf (2011).
- <sup>5</sup> Tichy (2010b).
- <sup>6</sup> Siehe dazu Tichy (2012).